

die Parteibasis zum bloßen Mitarbeiterstab, dessen Hauptaufgabe darin bestehe, den Parteiapparat für politische Führung brauchbar zu machen (Pakulski/Körösényi 2012: 9 ff.).

Eine Kritik hieran setzt indes schon beim irreführenden Selbstverständnis der „realistischen“ Denktradition an: Bei begrifflich differenzierter Betrachtung handelt es sich hierbei um eine Bündelung elitistisch-konkurrenzdemokratischer Ideen, die primär einen funktionalistischen Zusammenhang von politischen Parteien und Demokratie formulieren. Gerade unter Einbeziehung neuerer wettbewerbstheoretischer Erkenntnisse lässt sich diese Haltung jedoch kaum aufrechterhalten, weil zwar berechtigterweise auf die Bedeutung des Wettbewerbs verwiesen, die integrative und legitimatorische Wirkung von Partizipation in Parteien jedoch verkannt wird. Es handelt sich hierbei somit um kaum realisierbare Wunschvorstellungen der zugrundeliegenden Autoren und nicht um eine realistische Gegenstandsbeschreibung der Demokratie.

Eine fehlende innerparteiliche Perspektive kann man mit Blick auf das normativ-identitär-demokratische Paradigma nicht beklagen, dessen Fundament die in Deutschland sehr einflussreiche *Parteienstaatslehre* des ehemaligen Verfassungsrichters Gerhard Leibholz bildet. Leibholz postuliert hierin eine identitäre Vitalbeziehung von Partei und Volk als Ausdruck einer angemessenen Volkssouveränität. Da partizipatorische Theorien von einem grundsätzlichen Interesse politischer Selbstentfaltung ausgehen und Partizipation, anders als realistische Ansätze, über ihren methodologischen Kern auch als ethisches Ziel verstehen (Bachrach 1967: 11 ff.; Scharpf 1975: 55), stellt für Leibholz die Parteienherrschaft die einzige Möglichkeit einer demokratischen Herrschaft des Volkes dar, da der Bürger nur durch politische Parteien ausreichend im politischen Entscheidungsprozess partizipieren könne. Dabei könne der gesellschaftliche Gesamtwille nicht durch Repräsentation zum Ausdruck gebracht werden, sondern nur durch das Rousseau'sche Identitätspostulat (Leibholz 1933), wodurch der Parteienstaat die rationalisierte Erscheinungsform der plebiszitären Demokratie darstelle (Leibholz 1957: 70). Ihr transmissiver Charakter (vgl. Steffani 1988) mache Parteien, als „Surrogat der direkten Demokratie im modernen Flächenstaat“ (Leibholz 1967: 93 f.), zum partiellen Ersatzmedium für eine unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung bzw. zum notwendigen Gegengewicht zu den mittelbar-demokratischen Strukturen des Staates (Seidel 1998: 177). Der Blick wird damit zunächst in die Parteien gerichtet, innerparteiliche Partizipation normativ aufgewertet.

Neuralgischer Punkt dieses normativ-identitär-demokratischen Paradigmas ist allerdings die offensichtliche Unhaltbarkeit des Identitätsbegriffes angesichts nicht zu leugnender Mitgliederverluste. Leibholz' Parteienstaatslehre scheitert somit an ihrer eigenen Prämisse und setzt sich mit der Überbetonung des identitären Charakters politischer Parteien gar dem Vorwurf aus, Ungleichheit zu reproduzieren, statt sich dem egalitär-partizipativen Versprechen der Demokratie anzunähern (vgl. Towficht 2011; von Ooyen 2006; Nettersheim 2008). Der antipluralistische Wesenszug der Theorie durch Rekurs auf den Identitätsbegriff erweist sich somit als großes Problem beim Entwurf einer angemessenen normativen Theorie politischer Parteien. Die Vorstellung einer „mystischen Volkseinheit“ (Steinberg 2014: 410) verfehlt die Realität eines pluralistischen Gemeinwesens und lässt sich empirisch kaum rechtfertigen. Angesichts einer paradigmatischen Neubewertung politischer Repräsentation, wodurch diese vom Hindernis zur Möglichkeitsbedingung wird (Thaa 2008), ist indes die „begriffliche Dichotomie“ (Steinberg 2014: 410; Siehr 2013: 68) und scharfe Trennung von Repräsentation und Identität, die zur Ablehnung von Repräsentation im Parteienstaat führen muss, nicht mehr zu rechtfertigen. Eine an Leibholz angelehnte Theorie politischer Parteien wäre somit aufgrund ihres antipluralistischen Charakters nicht in der Lage, Parteien auch als idealtypische Institutionen des repräsentativen Systems zu begreifen. Damit wird faktisch ausgeblendet, dass Parteien neben den Parlamenten am ehesten jene Institutionen sind, die die repräsentativ-demokratische Ordnung des Gemeinwesens tragen und damit als Korrektiv gegen Ungleichheit wirken (Lechner 2018: 668).

Ein sich zwischen diesen Strängen positionierender deliberativ-kommunikativer Theorieansatz versucht indes das Spannungsverhältnis von Repräsentation und Partizipation zu lindern. Ziel deliberativer Demokratie Modelle (Habermas 1973, 1990; Cohen 1989) ist die Herstellung konsens- und zustimmungsfähiger Politikergebnisse und eine damit einhergehende, größtmögliche politische Integration (Habermas 1973: 148) durch ein von äußeren und inneren Zwängen losgelöstes kommunikatives Handeln (Habermas 1998: 370; Cohen 1989: 22 f.). Das Verhältnis von politischen Parteien und einem deliberativen Demokratieideal ist hierbei ambivalent. Die Skepsis gegenüber Parteien, die auf den ersten Blick inkompatibel mit dem Werte- und Meinungspluralismus der deliberativen Gesellschaftsvorstellung scheinen, sollte allerdings nicht als grundlegende Ablehnung missverstanden werden (vgl. dazu auch Wolkenstein

2013: 96 f.). Tatsächlich spielen Parteien gerade im Denken von Jürgen Habermas eine wichtige Rolle, seien sie doch als pluralistische Zentren der Öffentlichkeit „virtuelle Knotenpunkte einer [...] regenerationsfähigen öffentlichen Kommunikation“ (Habermas 1990: 32). Eine differenzierte Unterscheidung von Parteien und Verbänden sowie anderen sozialen Bewegungen nimmt er aber nicht vor, ein normativer Eigenwert politischer Parteien in Abgrenzung zu anderen Organisationen lässt sich daher allenfalls implizit erschließen und ergibt sich primär aus den Möglichkeiten einer optimalen zeitlichen, inhaltlichen und sozialen Strukturierung öffentlicher Diskurse in Parteien (Fach 1973: 223).

Das deliberative Demokratiemodell stellt damit gerade für die theoretische Neukonzeptionalisierung von innerparteilicher Demokratie einen offensichtlichen Anknüpfungspunkt dar. Diesbezügliche Entwürfe finden sich bei Teorell (1999) oder Wolkenstein (2016). Diese heben die Funktionen von Parteien hervor, denen es obliege, als Bindeglied zwischen unterschiedlichen Beteiligten in der Demokratie zu fungieren, und weisen damit den realistisch-elitistischen Vorwurf der Dysfunktionalität innerparteilicher Demokratie zurück (Teorell 1999: 371; Wolkenstein 2013: 96 f.). Deliberative Demokratiemodelle teilen somit grundsätzlich die Vorstellungen normativer Theorien zur Bedeutung innerparteilicher Demokratie, stellen jedoch an deren Umsetzung andere Forderungen. Als Kernelement der Demokratie wird nämlich die Inklusivität politischer Debatten, nicht Partizipation, verstanden, die durch substantielle, gehaltvolle und ergebnisoffene Diskurse erreicht werden müsse (Thaa 2007: 10 f.; Wolkenstein 2013: 97). Partizipative Elemente im Sinne direktdemokratischer Beteiligung, also die plebiszitäre Komponente der Demokratie, werden aufgrund eines offensichtlichen Machtgefälles und einer zu starken Prädeterminierung des Entscheidungsprozesses abgelehnt. Jegliche Demokratisierungsbestrebungen müssen folglich nicht partizipativer, sondern inklusiver gestaltet werden.⁷

Jedoch lassen sich – neben offensichtlichen Problemen der angemessenen Umsetzung deliberativer Prinzipien in der innerparteilichen Praxis, die Fishkins

⁷ Am deutlichsten kommt der Widerspruch deliberativer und plebiszitärer Verfahren in der Habermas'schen Unterscheidung von Masse und Publikum zum Ausdruck (Habermas 1990: 358), denn letzteres sei Subjekt des deliberativen Diskurses, wodurch so viele Individuen Meinung ausdrücken wie empfangen können. Hierdurch würden deliberative Diskurse anders als „massendemokratische“ Prozesse zu inklusiven politischen Beratungen, die frei von internen wie externen Zwängen seien (Habermas 1998: 370; ähnlich Cohen 1989: 22 f.).

„deliberative poll“ (Fishkin/Luskin 2005) nur bedingt zu lösen vermag (Calabretta 2012; Ladd 1996; Ritzi/Schaal 2009) – zwei theoretische Einwände formulieren: (1) Deliberative Theorien zeichnen sich durch eine Gleichheits- und Inklusionsproblematik aus, da sich die Qualität innerparteilicher Demokratie an der Inklusivität politischer Debatten bemisst. Diese vermeintlich rationalen Diskurse sind jedoch ungerecht, weil stets machterverzerrt, hängt doch die Überzeugungskraft von Argumenten größtenteils vom sozioökonomischen Status des Vortragenden ab (Young 2000; 2001). Dadurch widerspricht die Theorie der eigenen radikaldemokratischen Grundprämisse eines „allgemeinen Zugangs“ und untergräbt den eigenen Gleichheitsgrundsatz. (2) Mit dem Verweis auf die Wertgeladenheit politischer Parteien kann zwar der klassischen Kritik McCarthys (1993) begegnet werden, dass ohne geteilte Wertebasis nicht in allen Fragen Konsens erzielt werden könne, womit gerade Parteien ein geeigneter Ort politischer Deliberation zu sein scheinen. Relativ homogene Einstellungsmuster im Deliberationsprozess führen jedoch zur Durchsetzung tendenziell starker Interessen und zu einer „enclave deliberation“ (Sunstein 2002), die eine „diskursive Reinigung“ (Ritzi/Schaal 2009) der Interessen unwahrscheinlich mache. Eine relativ homogene Wertebasis politischer Parteien unterminiert folglich den Rationalitätsanspruch deliberativer Demokratie.

Diese Kritik muss freilich nicht mit einer grundsätzlichen Absage an alle Formen von Deliberation in der innerparteilichen Praxis einhergehen, macht das kommunikativ-deliberative Paradigma aber zu einem ungeeigneten Ideal innerparteilicher Demokratie.

4. Normative Elemente einer Theorie politischer Parteien im neopluralistischen Paradigma

Ausgehend von einer republikanischen Genese politischer Parteien erweist sich ein neopluralistisches Paradigma zum Verhältnis von Parteien und Demokratie als geeigneter Anknüpfungspunkt, da hierin v.a. die integrative Wirkung als Kernelement politischer Parteien identifiziert wird, ohne in eine realitätsferne Rhetorik zu verfallen. Es beruht auf einem Gleichgewicht von Repräsentation und Partizipation, die beide als Einbindungsmöglichkeiten von Interessen angesehen werden, während zugleich über Wahlen hinausgehende institutionelle Schutzmechanismen eine asymmetrische Interessenvertretung verhindern sollen (Linden 2007). Mit Ernst Fraenkel formuliert der deutsche Hauptvertreter neopluralistischer Demokratietheorien zwar keine dezidierte Theorie politi-

scher Parteien, noch weniger eine Theorie innerparteilicher Demokratie, beschäftigt sich aber inständig mit Parteien, die als Partizipationskanäle in seiner Idee eine grundlegende Rolle spielen und als Mitgestalter öffentlicher Meinung einen „Ausweg aus der Isolierung und Vereinsamung“ ermöglichen, der sich mit der Reduzierung der politischen Anteilnahme auf den Wahlakt zwangsläufig einstelle (Fraenkel 1966b: 259). Parteien, die zugleich als „Parlamentsfraktion Träger eines repräsentativen, und als Massenorganisation Träger eines plebiszitären Regierungssystems sei[e]n“ (Fraenkel 1958: 185), sind Motor einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie. Den Blick richtet Fraenkel dabei zunächst in die Parteien, denn „[d]er Bestand der Demokratie im Staat hängt ab von der Pflege der Demokratie in den Parteien“ (Fraenkel 1966a: 161). Er formuliert einen positiven Wirkzusammenhang innerparteilicher und gesamtstaatlicher Demokratie, die jedoch nicht deckungsgleich sind, sondern komplementär wirken (Lechner 2018: 674). Die Binnenstruktur politischer Parteien müsse indes so konstituiert sein, dass sich das Volk angemessen vertreten fühle und „das von Parteien getragene Parlament trotz dessen repräsentativen Charakters als Exponat seines eigenen Willens anerkennt und das Fehlen einer Direktgesetzgebung nicht als Mangel empfindet“ (Fraenkel 1958: 186). Aufgrund einer „inneren Dialektik der modernen Demokratie“ (Fraenkel 1958: 207) versucht Fraenkel nicht sein für die gesamtstaatliche Ebene entwickeltes Demokratieideal auf den innerparteilichen Kontext zu projizieren, sondern differenziert zwischen den unterschiedlichen Ebenen mit komplementären Demokratieanforderungen.

Innerparteiliche Demokratie müsse daher einem partizipatorisch-egalitären Ideal folgen, sodass den plebiszitären Kräften in Parteien genügend Spielraum gegeben werde, damit diese komplementär zum parlamentarischen Repräsentativsystem wirken können (Fraenkel 1966b: 296). Entscheidend hierfür ist keine Identitätsbeziehung, sondern gleiche Beteiligungs- und Aufstiegschancen in der innerparteilichen Demokratie (Fraenkel 1966b: 295 f.), durch die Parteien als ausreichende Vertreter von gesellschaftlichen Wünschen und Ansichten wahrgenommen würden. Mit seiner Verknüpfung von gesamtstaatlicher und innerparteilicher Demokratie und der Hervorhebung der Integrationsfunktion als Kernelement stellt Ernst Fraenkels Neopluralismus einen angemessenen theoretischen Anknüpfungspunkt für politische Parteien dar, wengleich vor allem für die Binnenstruktur von Parteien konkrete Gestaltungs-

kriterien fehlen.⁸ Mit Blick auf die republikanische Genealogie politischer Parteien lässt sich diese Leerstelle jedoch schließen und dadurch die Ansätze einer Theorie vervollständigen. Bei einer angemessenen Strukturierung innerparteilicher Demokratie sind daher folgende Punkte von Bedeutung, die als Anforderungen an die innerparteiliche Demokratie verstanden werden können:

(1.) Ganz im Sinne Madisons ist auch für innerparteiliche Prozesse gegenseitiges Machtstreben der Ursprung eines positiven Pluralismus und kein Ausdruck politischer Instabilität. Machtmotive (partei-)politischer Akteure sind somit nicht grundsätzlich undemokratisch, schon gar nicht auf gesamtstaatlicher Ebene, sondern sind als Teil eines transparenten Wettkampfes Ausgangsbedingung der integrativen Wirkung politischer Parteien. Wichtig hierbei ist v.a. eine ausreichende institutionelle Einbettung und Einhegung persönlicher Machtmotive durch die Etablierung bzw. Ermöglichung einer angemessenen Gegenmacht. Dienen Machtmittel dagegen einer parteipolitischen Führung lediglich der Disziplinierung der Mitgliederbasis, führt dies zwangsläufig zur Verfehlung der Kernfunktionen politischer Parteien.

(2.) Werden Kontingenz und Pluralismus als sinnstiftende Elemente von Parteien verstanden, bedeutet dies für die innerparteiliche Demokratie in gewisser Weise eine Abkehr vom Verkörperungsprinzip und der Personalisierung politischer Repräsentation (hierzu auch Diehl 2016). Natürlich wird durch Abstimmungen über Personen die Parteipolitik an ihren demokratischen Wurzeln für eine längere Zeit beeinflusst (Becker 1999: 180; Hazan/Rahat 2010: 6). Dies muss allerdings auch immer mit Richtungsgruppen und Inhalten verknüpft werden, um dem kontingenten Wesenszug politischer Parteien gerecht zu werden. Damit Parteien mehr sind als repräsentativ-legale Institutionen, sind gegen-demokratische Strukturen (Rosanvallon 2008) essentiell für ihre Funktionserfüllung. Als Ausdruck negativer Souveränität muss in der innerparteilichen Demokratie die Möglichkeit der Abwahl von Akteuren als beständige Bedrohung ebenso präsent sein wie die der Formulierung von Präferenzen durch Negation. Die Etablierung neuer, teilweise direktdemokratischer Beteiligungskanäle ist damit eine gangbare Reformation.

⁸ Dies wiederum stellt mitnichten ein Alleinstellungsmerkmal der neopluralistischen Theorie Fraenkels dar, sondern ist ein der mangelhaften Theoretisierung innerparteilicher Demokratie geschuldetes Problem. So wird u.a. von Susan Scarrow kritisiert, dass sich in der Literatur bisher noch kein Kanon der „best practices“ innerparteilicher Demokratie herausgebildet habe (vgl. hierzu Scarrow 2005: 3).

(3.) Politische Integration setzt eine hohe Konfliktoffenheit voraus. Wohlstrukturierte innerparteiliche Auseinandersetzungen haben in der Regel keine destruktive, sondern eine integrative Wirkung (Sternberger 1971: 80). Einen positiven Wirkzusammenhang mit der parlamentarischen Demokratie können Parteien nur entfalten, wenn dem innerparteilichen Konflikt genügend Freiraum gegeben wird, denn aus der zunehmenden Aufgeschlossenheit gegenüber innerparteilichen Konflikten ergibt sich zugleich eine Stärkung der Abgeordnetenfreiheit und der Streitkultur des Parlaments (Lechner 2018: 677). Der gegenwärtigen Parteienlandschaft wird mit diesem Punkt ganz offensichtlich ein gewaltiger Mentalitätswandel abverlangt, da bisweilen alte parteipolitische Geschlossenheitsriten gepflogen und hohe Zustimmungsraten zelebriert werden.

5. Zusammenfassung und Fazit

Ihren normativen Wert erhalten somit Parteien durch die Strukturierung der gesellschaftlichen Pluralität und politischen Kontingenz sowie der Ermöglichung und Einhegung wechselseitigen Machtstrebens bzw. des Zusammenspiels positiver und negativer Souveränitäten – und dies jeweils unter unterschiedlichen Vorzeichen auf staatlicher wie innerparteilicher Ebene. Kernfunktion politischer Parteien ist demnach die ausreichende Kanalisierung der Madison'schen bzw. Rosanvallon'schen Antipoden, die nicht deckungsgleich sind, sondern komplementär zueinander wirken. Das Zusammenspiel von gesamtstaatlicher und innerparteilicher Demokratie ist somit kein Antagonismus. Eine normative Theorie politischer Parteien ist damit auch zugleich immer eine normative Theorie innerparteilicher Demokratie.

Ihre empirische Evidenz offenbart eine solche Theorie indes mit Blick auf die gegenwärtige höchst defizitäre Wahrnehmung von Parteien. So ist es beispielsweise der SPD in jüngster Vergangenheit nicht gelungen die eigene Binnenstruktur angemessen zu reformieren. Trotz direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten zu den Koalitionsvereinbarungen 2013 und 2018 bleibt der Erneuerungsprozess der Partei weit hinter den in der Theorie formulierten Anforderungen zurück. Man konnte bisweilen keinen angemessenen Verfahrensbegriff von innerparteilicher Demokratie entwickeln (Lechner 2018: 677), ihre innerparteiliche Struktur ist weiterhin Ausdruck eines elektoralen, nicht eines partizipativen Modells (Jun 2018: 950). Die Konsequenz der mangelnden Integrationsleistung ist nicht nur die Hinwendung zu alternativen Wegen der politischen

Artikulation, die sich in Phänomenen wie Pegida oder dem souveränen Einzug der in Teilen rechtsradikalen AfD in die Parlamente offenbart, sondern mithin auch Formen der „politischen[n] Selbstexklusion“ (Nullmeier 2006: 326), die eine Krise der Parteien zugleich auch zu einer Krise der repräsentativen Demokratie werden lässt, da sie hierdurch auch mit verschiedenen Formen politischer Ungleichheit korrespondiert (nicht nur sozioökonomisch, vgl. Schäfer 2015; sondern auch Formen von Beziehungsgleichheit, vgl. Rosanvallon 2013).

Auch mit dem vorliegenden Aufsatz sind wir freilich noch weit von einer geschlossenen Theorie politischer Parteien entfernt. Aber mit der Überwindung überholter Ansätze zum Verhältnis von Parteien und Demokratie sowie einer normativen Hierarchisierung dieser ist ein erster überfälliger Schritt auf dem Weg zur theoretischen Neukonzeptionalisierung getan. Mit einem angemessenen Verständnis von politischen Parteien sowie den daraus abzuleitenden Anforderungen an die innerparteiliche Theorie bietet die Theoretisierung zumindest einen normativen Kompass zur Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Problemen der parlamentarischen Demokratie und ihren zentralen Akteuren.

Literatur

- Aristoteles (1961): *Nikomachische Ethik*, übers. v. Otto Apelt.
- Aristoteles (1994): *Politik*, übers. v. Franz Susemihl, Hamburg.
- Bachrach, Peter (1967): *Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft*, Frankfurt a.M.
- Beker, Bernd (1999): *Mitgliederbeteiligung und innerparteiliche Demokratie in britischen Parteien – Modelle für die deutschen Parteien?*, Baden-Baden.
- Bender, Christiane/Wiesendahl, Elmar (2011): „Ehernes Gesetz der Oligarchie“: Ist Demokratie möglich?, in: *APuZ* 44-45/2011, S. 19–24.
- Bukow, Sebastian (2013): *Die professionalisierte Mitgliederpartei. Politische Parteien zwischen institutionellen Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit*, Wiesbaden.
- Calabretta, Raffaele (2012): *Doparies: A Novel Party Deliberative and Aggregative Decision-Making Mechanism to Improve the Quality of Representative Democracy*, SAGE Open.
- Cohen, Joshua (1989): *Deliberation and Democratic Legitimacy*, in: *The Good Polity*, hrsg. V. Alan Hamlin & Phillip Petit, London, S. 17–34.

- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a.M.
- Diehl, Paula (2016): Demokratische Repräsentation und ihre Krise, in: APuZ 40-42/2016, S. 12–17.
- Diehl, Paula/Schulz, Daniel (2012): Was ist demokratische Legitimität? Eine Auseinandersetzung mit der Demokratietheorie Pierre Rosanvillons, in: Zeitschrift für Politische Theorie, 3. Jg., Heft 2, S. 287–297.
- Fach, Wolfgang (1974): Diskurs und Herrschaft – Überlegungen zu Habermas' Legitimationslogik, in: Zeitschrift für Soziologie, 3. Jg., Heft 3, S. 221–228.
- Fishkin, James S./Luskin, Robert C. (2005): Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion, in: Acta Politica, 40. Jg., H. 3, S. 284–298.
- Fraenkel, Ernst (1958): Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: Deutschland und die westlichen Demokratien, hrsg. v. ders., Baden-Baden 2001, S. 165–162.
- Fraenkel, Ernst (1966a): Ursprung und politische Bedeutung der Parlamentsverdrossenheit, in: Deutschland und die westlichen Demokratien, hrsg. v. ders., Baden-Baden 2001, S. 151–296.
- Fraenkel, Ernst (1966b): Möglichkeiten und Grenzen politischer Mitarbeit der Bürger in modernen parlamentarischen Demokratien, in: Deutschland und die westlichen Demokratien, hrsg. v. ders., Baden-Baden 2001, S. 283–296.
- Goodin, Robert E. (2008): *Innovating Democracy. Democratic Theory and Practice after the Deliberative Turn*, Oxford.
- Habermas, Jürgen (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Hamilton, Alexander/Jay, John/Madison, James [1787/1788] (2001): *The Federalist*, hrsg. v. George W. Carey u. James McClellan, Indianapolis.
- Hazan, Reuven Y./Rahat, Gideon (2010): *Democracy within Parties. Candidate Selection Methods and their Political Consequences*, Oxford.
- Heidenreich, Felix (2016): Die Organisation des Politischen. Pierre Rosanvillons Begriff der „Gegen-Demokratie“ und die Krise der Demokratie, in: Zeitschrift für Politische Theorie, 7. Jg., Heft 1, S. 53–72.
- Jun, Uwe (2009): Verkrustungen aufweichen, in: *Quergedacht. Politik ohne Parteien?*, hrsg. v. Friedrich Ebert Stiftung, S. 2–3.
- Jun, Uwe (2018): Direkte innerparteiliche Demokratie in der parlamentarischen Demokratie: Das Beispiel der Mitgliederpartei SPD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., Heft 4, S. 940–950.
- Katz, Richard/Mair, Peter (1993): The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organisation, in: *The American Review of Politics*, 14. Jg., Heft 1, S. 593–617.
- Kielmansegg, Peter Graf (2018): Warum die Politik verteidigt werden muss. Politik und Populismus, in FAZ.net vom 02.08.2018, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/populismus-verteidigung-der-politik-15669095.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0 (aufgerufen: 11.02.19).
- Kirchheimer, Otto (1966): The Transformation of the Western European Party System, in: *Political Parties and Political Development*, hrsg. v. Joseph LaPalombara u. Myron Weiner, Princeton, S. 177–200.
- Körösényi, András (2005): Political Representation in Leader Democracy, in: *Government and Opposition*, 4. Jg. Heft 3, S. 358–378.
- Ladd, Everett Carl (1996): Fishkins „Deliberative Poll“ is Flawed Science and Dubious Democracy, in: *Public Perspective*, 7. Jg., Heft 1, S. 41–45.
- Lechner, Julian (2018): Innerparteiliche Demokratie im paradigmatischen Widerstreit realistischer und normativer Demokratietheorien, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., Heft 3, S. 658–677.
- Leibholz, Gerhard (1933): *Die Auflösung der liberalen Demokratie in Deutschland und das autoritäre Staatsbild*, München/Leipzig.
- Leibholz, Gerhard (1967): *Demokratie und Rechtsstaat*, Bad Gandersheim.
- Leibholz, Gerhard (1967): *Strukturprobleme der modernen Demokratie*, Karlsruhe.
- Lembcke, Oliver W. (2018): This Party Sucks? Ansätze zu einer politischen Theorie politischer Parteien, in: *Philosophie der Republik*, hrsg. v. Pirmin Stekeler-Weithofer u. Benno Zabel, Tübingen, S. 159–181.
- Linden, Markus (2007): Interessenasymmetrie trotz Vielfalt? Modi gleichwertiger Inklusion in pluralistischen Demokratietheorien, in: *Inklusion durch Repräsentation*, hrsg. v. Winfried Thaa, Baden-Baden, S. 61–81.
- Machiavelli, Niccolò (1977): *Discorsi*, übers. und hrsg. v. Rudolf Zorn, Stuttgart.

- McCarthy, Thomas (1993): *Ideale und Illusionen: Dekonstruktion und Rekonstruktion der kritischen Theorie*, Frankfurt a.M.
- Merkel, Wolfgang (2016): *Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff*, in: *APuZ* 40-42/2016, S. 4–11.
- Michels, Robert (1989): *Soziologie des Parteiwesens in modernen Demokratien*, Stuttgart.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?*, Frankfurt a.M.
- Muirhead, Russell (2006): *A Defense of Party Spirit*, in: *Perspectives on Politics*, 4. Jg., Heft 4, S. 713–727.
- Muirhead, Russell/Rosenblum, Nancy L. (2006): *Political Liberalism vs. The Great Game of Politics*, in: *Perspectives on Politics*, 4. Jg., Heft 1, S. 99–108.
- Nettersheim, Christian (2008): *Die Parteienstaatstheorie von Gerhard Leibholz*, Bonn.
- Nullmeier, Frank (2006): *Links – Rechts*, in: *Deutschland – eine gesplante Gesellschaft*, hrsg. v. Stephan Lessenich u. Frank Nullmeier, Frankfurt, S. 313–335.
- Pakulski, Jan/Körösényi, András (2012): *Towards Leader Democracy. Key Issues in Modern Sociology*, London/New York.
- Pettitt, Robin T. (2012): *Exploring Variations of Intra-Party Democracy: A Comparative Study of the British Labour Party and the Danish Centre-Left*, in: *British Journal of Politics and International Relations*, 14. Jg., Heft 4, S. 630–650.
- Ritzi, Claudia/Schaal Gary S. (2009): *Empirische Deliberationsforschung*, MPIfG Working Paper 09/9.
- Ritzi, Claudia/Schaal Gary S. (2010): *Politische Führung in der „Postdemokratie“*, in: *APuZ* 2-3/2010, S. 9–15.
- Rorty, Richard (2003): *Vier Formen des Schreibens von Philosophiegeschichte*, in: *Wahrheit und Fortschritt*, hrsg. v. ders., Frankfurt, S. 355–394.
- Rosanvallon, Pierre (2008): *Counter-Democracy. Politics in an Age of Distrust*, Cambridge.
- Rosanvallon, Pierre (2013): *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg.
- Rosanvallon, Pierre (2016): *Die gute Regierung*, Hamburg.
- Rosenblum, Nancy L. (2008): *On the Side of the Angels. An Appreciation of Parties and Partisanship*, Princeton.
- Rüb, Friedbert W. (2012): *Michels und die neue Parteientheorie – die Politischen Parteien und die Krise der Demokratie*, in: *Robert Michels Soziologie des Parteiwesens*, hrsg. v. Harald Bluhm u. Skadi Krause, Wiesbaden, S. 241–263.
- Scarrow, Susan (2005): *Political Parties and Democracy in Theoretical and Practical Perspectives*, Washington D.C.
- Schäfer, Armin (2015): *Der Verlust der politischen Gleichheit. Warum sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt a.M.
- Scharpf, Fritz W. (1995): *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*, Kronberg Ts.
- Schattschneider, Elmer E. (1942): *Party Government*, New York.
- Seidel, Klaus (1998): *Direkte Demokratie in der innerparteilichen Willensbildung*, Frankfurt a.M.
- Siehr, Angelika (2013): *Repräsentation bei Gerhard Leibholz*, in: *Der Parteienstaat. Zum Staatsverständnis von Gerhard Leibholz*, hrsg. v. Anna-Bettina Kaiser, Baden-Baden, S. 45–72.
- Steffani, Winfried (1988): *Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteienanalyse*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 19. Jg., Heft 4, S. 549–560.
- Steinberg, Rudolf (2014): *Direkte Demokratie in politischen Parteien. Überlegungen anlässlich des Mitgliederversammlungsentscheids der SPD*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 8. Jg. Heft 2, S. 402–415.
- Sternberger, Dolf (1971): *Nicht alle Staatsgewalt geht vom Volke aus*, Stuttgart.
- Sternberger, Dolf (1982): *Das Wort ‚Politik‘ und der Begriff des Politischen*, in: *Demokratische Politik – Analyse und Theorie*, hrsg. v. Wolfgang Seibel, Opladen 1997, S. 97–105.
- Straßenberger, Grit (2012): *Politische Führung bei Robert Michels, Max Weber und Joseph Schumpeter*, in: *Robert Michels Soziologie des Parteiwesens*, hrsg. v. Harald Bluhm u. Skadi Krause, Wiesbaden, S. 192–213.
- Streeck, Wolfgang/Schmitter, Philippe C. (1981): *The Organization of Business Interests. A Research Design to Study the Associative Action of Business in the Advanced Industrial Societies of Western Europe*, Berlin.
- Sunstein, Cass R. (2002): *The Law of Group Polarization*, in: *Journal of Political Philosophy*, 10. Jg., Heft 2, S. 175–195.

Teorell, Jan (1999): A Deliberative Defence of Intra-Party Democracy, in: *Party Politics*, 5. Jg., Heft 3, S. 363–382.

Thaa, Winfried (2007): Informalisierung und Kognitivierung politischer Repräsentation in deliberativen Demokratietheorien, in: *Inklusion durch Repräsentation*, hrsg. v. ders, Baden-Baden, S. 85–108.

Thaa, Winfried (2008): Kritik und Neubewertung politischer Repräsentation: vom Hindernis zur Möglichkeitsbedingung politischer Freiheit, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 49. Jg., Heft 4, S. 618–640.

Towfigh, Emanuel (2011): *Demokratische Repräsentation im Parteienstaat*, Bonn.

van Biezen, Ingrid/Saward, Michael (2008): Democratic Theorists and Party Scholars: Why they don't talk to each other, and why they should, in: *Perspectives and Politics*, 6. Jg., Heft 1, S. 21–35.

von Alemann, Ulrich/Strünck, Christoph (1999): Die Weite des politischen Vor-Raumes. Partizipation in der Parteiendemokratie, in: *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*, hrsg. v. Klaus Kamps, Opladen/Wiesbaden, S. 21–38.

von Ooyen, Robert (2006): *Politik und Verfassung. Beiträge zu einer politikwissenschaftlichen Verfassungslehre*, Wiesbaden.

White, Jonathan/Ypi, Lea (2011): On Partisan Political Justification, in: *American Political Science Review*, 105. Jg., Heft 2, S. 381–396.

Wolkenstein, Fabio (2013): Drei Funktionen politischer Parteien in repräsentativen Demokratien, in: *Zeitschrift für sozialen Fortschritt*. 2. Jg., Heft 2, S. 92–97.

Wolkenstein, Fabio (2016): A Deliberative Model of Intra-Party Democracy, in: *Journal of Political Philosophy*, 24. Jg., Heft 3, S. 297–320.

Young, Iris Marion (2000): *Inclusion and Democracy*, Oxford.

Young, Iris Marion (2001): Activist Challenges to Deliberative Democracy, in: *Political Theory*, 29. Jg., Heft 5, S. 670–690.